

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Höchst, Dr. Götz Frömking,
Dr. Marc Jongen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/28078 –**

Gründung eines „Deutschen Beruflichen Austauschdienstes“

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar),
Katja Suding, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der
Fraktion der FDP
– Drucksache 19/28439 –**

Begabtenförderung und Stipendienkultur stärken

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die internationale Mobilität von Auszubildenden ist viel zu gering. Während im Jahr 2019 der Anteil der Auszubildenden mit Auslandserfahrung nur 7 Prozent betrug, steht dem ein Anteil international mobiler Studenten von 35 Prozent entgegen. Die von der Bundesregierung angestrebte Stärkung der internationalen Mobilität hat nach Ansicht der Fraktion der AfD bisher kaum Erfolge gezeigt.

Zu Buchstabe b

Derzeit profitieren etwa 5 Prozent der Studierenden von einem Stipendium. Talente aus der beruflichen Bildung haben zu den meisten und größten Förderungsprogrammen dagegen noch überhaupt keinen Zugang. Dabei ist die Begabtenför-

derung nach Ansicht der Fraktion der FDP ein wichtiger Teil der Bildungslandschaft, denn sie ermöglicht eine gezielte Stärkung und Vernetzung von Top-Talenten.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Die Bundesregierung soll einen „Deutschen Beruflichen Austauschdienst“ (DBAD) gründen, der die Attraktivität der beruflichen Bildung stärken und einen wertvollen Beitrag zur Minderung des Fachkräftemangels leisten könne. Der oft beschworenen Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung könne so bezüglich der Auslandsaufenthalte während der Ausbildung Rechnung getragen werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28078 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Die Bundesregierung soll eine Strategie entwickeln, wie bis zum Jahr 2030 15 Prozent der Studierenden ein Stipendium erhalten können. Mit den 13 akademischen Begabtenförderungswerken sollen Gespräche aufgenommen werden mit dem Ziel, den Erst-Akademikeranteil und den Anteil von Personen mit Migrationshintergrund unter den Stipendiaten zu erhöhen. Außerdem soll den Begabtenförderungswerken die Aufnahme von Talenten in der beruflichen Aus- und Weiterbildung als Stipendiaten ermöglicht werden. Stipendiaten aus der beruflichen Bildung sollen eine finanzielle Förderung in Höhe von 300 Euro pro Monat und Stipendiat erhalten.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28439 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/28078.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/28439.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/28078 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/28439 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann

Vorsitzender

Stephan Albani
Berichterstatter

Yasmin Fahimi
Berichterstatterin

Nicole Höchst
Berichterstatterin

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-
Neckar)**
Berichterstatter

Dr. Birke Bull-Bischoff
Berichterstatterin

Beate Walter-Rosenheimer
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Stephan Albani, Yasmin Fahimi, Nicole Höchst, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Birke Bull-Bischoff und Beate Walter-Rosenheimer

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/28078** in seiner 227. Sitzung am 6. Mai 2021 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Tourismus sowie dem Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/28439** in seiner 221. Sitzung am 15. April 2021 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frau und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Berufliche und akademische Bildung sind nach Ansicht der Fraktion der AfD gleichwertig. Hierzu bekenne sich auch die Bundesregierung im Koalitionsvertrag. Doch bleibe die berufliche Bildung in Bezug auf Auslandsaufenthalte während der Ausbildung hinter der Zahl der Studenten mit Auslandserfahrung deutlich zurück. Nach einer Hochrechnung des Bundesinstituts für Berufliche Bildung (BIBB) habe der Anteil von Auszubildenden mit Auslandsaufenthalten im Jahr 2019 sieben Prozent betragen. Dem stehe ein Anteil international mobiler Studenten von 35 Prozent gegenüber. Trotz Ankündigungen der Bundesregierung zur Stärkung der internationalen Mobilität von Auszubildenden sei absehbar, dass selbst das ohnehin schon gering gesetzte Ziel einer Mobilitätsquote unter Auszubildenden von zehn Prozent nicht erreicht werde. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag habe deshalb bereits im Jahr 2017 die Errichtung eines Deutschen Beruflichen Austauschdienstes (DBAD) gefordert, der sich an die Strukturen des traditionsreichen Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) anlehnen solle.

Die Gründung eines DBAD stärke die Attraktivität der beruflichen Bildung und werde einen wertvollen Beitrag zur Minderung des Fachkräftemangels leisten. Der oft betonten Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung werde bezüglich Auslandsaufenthalten während der Ausbildung Rechnung getragen.

Die Fraktion der AfD fordert die die Bundesregierung unter anderem auf,

1. einen Deutschen Beruflichen Austauschdienst (DBAD) zu gründen, welcher
 - a) Betriebe, Kammern, Schulen und Auszubildende über die Möglichkeiten eines Auslandsaufenthalts im Rahmen der beruflichen Bildung informiert;
 - b) über bestehende private und staatliche Stipendien und Förderprogramme für Auslandsaufenthalte von Auszubildenden aufklärt und bei der Vermittlung eines Stipendiums bzw. einer Förderung unterstützt;
 - c) Betriebe, Kammern und Schulen über Zuschüsse für die Auslandsaufenthalte ihrer Auszubildenden informiert;

- d) Auszubildende aus dem Ausland über bestehende Möglichkeiten informiert, einzelne Abschnitte ihrer im Ausland begonnenen beruflichen Ausbildung im Rahmen eines befristeten Aufenthalts in Deutschland absolvieren zu können;
2. die neben den auf Bundesebene zuständigen Stellen bei der Errichtung des DBAD mit einzubeziehen – insbesondere die Kultusministerkonferenz der Länder, die Wirtschafts- und Sozialpartner sowie die Spitzen- und Fachverbände der deutschen Wirtschaft.

Zu Buchstabe b

Menschliche Begabungen sind vielfältig. Sie zeigen sich nach Ansicht der Fraktion der FDP in exzellenten wissenschaftlichen Leistungen, künstlerischer Schaffenskraft, sozialer Kompetenz, aber eben auch in der besonderen Fähigkeit, theoretische Erkenntnisse in innovative praktische Anwendungen zu übersetzen. Diese Vielfalt der Begabungen sollte sich in der Begabtenförderung des Bundes widerspiegeln.

Für akademische Talente im Grund- und Promotionsstudium gebe es in Deutschland neben dem Deutschlandstipendium 13 akademische Begabtenförderungswerke. Geförderte Studierende und Promovierende erhielten eine finanzielle Unterstützung, die der Anschaffung von Lernmitteln und der Teilnahme an Bildungsprogrammen diene und eine Anerkennung für ihre Leistungen sei. Darüber hinaus erhielten sie Zugang zu einem persönlichen Netzwerk, von dem sie ein Leben lang profitierten. In Seminar- und Schulungsangeboten würden ihnen dort zusätzliche Kompetenzen vermittelt, die ihren persönlichen Horizont erweitern, das vernetzte Denken stärken und eine aktive Teilnahme an zivilgesellschaftlichen Prozessen fördern würden.

Die Begabtenförderung sei ein wichtiger Teil der Bildungslandschaft, denn sie ermögliche eine gezielte Stärkung und Vernetzung von Toptalenten. Wer in die Begabtenförderung investiere, investiere in die Zukunft des Landes und Sorge dafür, dass der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiv werde. Aktuell könnten nur etwa fünf Prozent der Studierenden von einem Stipendium profitieren. Talente aus der beruflichen Bildung hätten zu den meisten und größten Begabtenförderungsprogrammen bisher noch gar keinen Zugang. Eine starke Begabtenförderung sei aber eine Grundvoraussetzung, um das Land zukunftsfähig aufzustellen und das Aufstiegsversprechen mit Leben zu füllen. Deshalb sollte der Anteil der Studierenden mit Stipendien bis 2030 auf 15 Prozent ansteigen, und die Begabtenförderungswerke sollten auch für Talente der beruflichen Bildung geöffnet werden.

Eine faire Stipendienkultur setze voraus, dass die Chancen auf eine Förderung nicht vom Elternhaus abhängen. Der Anteil der neu aufgenommenen Erstakademiker/-innen stagniere seit Jahren und liege weit unter dem Erstakademikeranteil in der Studierendenschaft. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung müsse gemeinsam mit den Begabtenförderungswerken eine Strategie erarbeiten, wie sie die Stipendien für mehr Erstakademiker/-innen öffnen wolle.

Das Deutschlandstipendium sei eine große Erfolgsgeschichte. Neben den 13 Begabtenförderungswerken sei es als zweite Säule der Stipendienlandschaft nicht mehr wegzudenken. Das Deutschlandstipendium fördere junge Talente, die die Begabtenförderungswerke oftmals nicht erreichen würden. Die Hälfte der Geförderten seien Erstakademiker/-innen. Die hohe soziale Heterogenität der Stipendiatinnen und Stipendiaten sei ein starkes Signal für engagierte Studierende mit Migrationshintergrund und an Fachhochschulen. Nicht alle Hochschulen nutzten das Potenzial des Deutschlandstipendiums für ihre Studierenden. Das müsse sich ändern. Das Deutschlandstipendium müsse gestärkt und ausgebaut werden, indem die Finanzierung im Bundeshaushalt langfristig gesichert werde.

In vielen Diktaturen und autoritären Staaten weltweit bleibe jungen Menschen der Zugang zu einem Studium verwehrt, weil sie sich offen für Demokratie und Menschenrechte einsetzten. Deshalb solle zukünftig politisch verfolgten Studierenden, denen aufgrund ihres Engagements für Freiheit und Demokratie eine akademische Laufbahn in ihrem Heimatland verwehrt bleibe, ein Studium in Deutschland über ein Stipendium ermöglicht werden.

Talente aus der beruflichen Bildung hätten bisher gar keinen Zugang zu den Programmen der akademischen Begabtenförderung. Der Zugang zu Stipendien der Begabtenförderungswerke sollte ihnen eröffnet werden. Stipendiat/-innen der Begabtenförderungswerke aus der beruflichen Aus- und Weiterbildung sollten – ebenso wie talentierte Studierende – eine finanzielle Förderung in Höhe von 300 Euro pro Monat erhalten.

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Strategie zu entwickeln, wie bis 2030 15 Prozent der Studierenden mit einem Stipendium ausgestattet werden können;
2. mit den 13 akademischen Begabtenförderungswerken Gespräche aufzunehmen und gemeinsam Ziele zu formulieren, wie der Erstakademikeranteil und Anteil von Personen mit Migrationshintergrund unter den Stipendiatinnen und Stipendiaten erhöht werden kann;
3. nicht nur den politischen, sondern allen Begabtenförderungswerken zu ermöglichen, im Rahmen ihrer bestehenden Mittel auch Bildungsausländer/-innen, die an einer deutschen Hochschule studieren oder promovieren, zu fördern;
4. politisch verfolgten Studierenden, denen aufgrund ihres Engagements für Freiheit und Demokratie eine akademische Laufbahn in ihrem Heimatland verwehrt bleibt, ein Studium in Deutschland über ein Stipendium zu ermöglichen;
5. bestehende verwaltungsrechtliche Regelungen zwischen dem Bund und den 13 Begabtenförderungswerken so zu ändern, dass den Begabtenförderungswerken die Aufnahme von Talenten in der beruflichen Aus- und Weiterbildung als Stipendiatinnen und Stipendiaten ermöglicht wird;
6. die Mittelzuweisung der Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung (SBB) für die Förderprogramme „Aufbaustipendium“ und „Weiterbildungsstipendium“ zu erhöhen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/28078 in seiner 131. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 19/28078 in seiner 71. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/28078 in seiner 82. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/28439 in seiner 83. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/28439 in seiner 97. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/28439 in seiner 131. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/28439 in seiner 101. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlagen in seiner 76. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten. In die Beratung einbezogen wurde der von der Bundesregierung als Unterrichtung auf Drucksache 19/30295 vorgelegte Berufsbildungsbericht 2021. Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt:

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28078 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28439 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Die **Bundesregierung** erläutert, der Berufsbildungsbericht liefere erste wichtige Erkenntnisse über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf dem Ausbildungsmarkt. Es könne festgestellt werden, dass die Corona-Pandemie Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Jahr 2020 vor sehr große Herausforderungen gestellt habe, die auch weiter anhalten würden. Bei Betrachtung der Ausbildungsmarktbilanz für das vergangene Jahr werde deutlich, dass die Corona-Pandemie merkbliche Spuren auf dem Ausbildungsmarkt hinterlassen habe. Dennoch zeige sich das Berufsbildungssystem insgesamt robust. Klar sei aber auch, dass der Ausbildungsmarkt trotz der Aufholbewegung in den Sommermonaten insgesamt merklich geschrumpft sei.

Wenn man sich die wichtigsten Ergebnisse des Berichtes vor Augen führe, dann würden zwei Zahlen besonders auffallen. Man habe im vergangenen Jahr einen gleichförmigen Rückgang von Angebot und Nachfrage bei den Ausbildungsstellen gehabt. Die Nachfrage sei um 9,6 Prozent zurückgegangen, das Angebot sei um 8,8 Prozent gesunken. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sei erstmals seit 1992 auf einen Wert von unter 500.000 gesunken. Durch diesen parallelen Rückgang von Angebot und Nachfrage sei die Marktlage im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Damit seien die Chancen auf Ausbildung für junge Menschen auch 2020 insgesamt gut gewesen. Statistisch gesehen sei es so gewesen, dass 106 Ausbildungsangeboten 100 Nachfragende gegenüber gestanden hätten. Bei der Zusammenführung von Angebot und Nachfrage hätten sich trotzdem einige Herausforderungen gezeigt. Es habe Ende September 2020 rund 59 900 unbesetzte Ausbildungsstellen gegeben. 29 300 Bewerber seien noch unversorgt gewesen.

Wenn man den Bereich der schulischen Ausbildungsberufe in den Blick nehme, so sei die Zahl der Anfänger in den Gesundheits- und Erziehungsbereichen sowie im Sozialwesen weiter gestiegen – um rund 2,7 Prozent. Die Pandemie habe noch einmal die deutliche Relevanz, aber auch den wachsenden Fachkräftebedarf in diesen Bereichen deutlich gemacht. Aber auch der Erfolg der Initiativen der Bundesregierung zur weiteren Attraktivitätssteigerung dieser Berufe werde hier sichtbar.

Die **Fraktion der AfD** begrüßt, dass der Berufsbildungsbericht 2021 im Gegensatz zum kürzlich hier behandelten Nationalen Bildungsbericht 2020 die Auswirkungen der Corona-Pandemie bzw. der Corona-Pandemien-Maßnahmen umfasse.

Alles in allem zeichne sich aber ein katastrophales Bild ab. Es gebe mit 5,6 Prozent einen deutlichen Rückgang der Zahl der Menschen, die eine Ausbildung begonnen hätten. Dabei sei es erfreulich, dass im Gesundheits- Erziehung- und Sozialwesen ein Anstieg zu verzeichnen ist sei. Ein noch deutlicherer Rückgang sei bei abgeschlossenen Ausbildungsverträgen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung zu verzeichnen, nämlich elf Prozent. Industrie, Handel und Hauswirtschaft seien am deutlichsten betroffen. Das Ausbildungsstellenangebot sei insgesamt um 8,8 Prozent gesunken. 12,8 Prozent der Ausbildungsstellen seien unbesetzt geblieben und 19,7 Prozent der Bewerber um einen Ausbildungsplatz seien unversorgt geblieben. Insgesamt seien das natürlich alarmierende Zahlen. Sie würden überdeutlich die katastrophalen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die berufliche Bildung zeigen. Es gebe eine ganze Reihe von Pakten, die versuchen würden, die Auswirkungen

der Corona-Maßnahmen abzumindern, aber die AfD-Fraktion gehe davon aus, dass der wichtigste Schritt zur Erholung des Ausbildungsmarktes die zügige Rückkehr zur alten Normalität wäre.

Die Fraktion der AfD erläutert zudem ihren Antrag zur Gründung eines „Deutschen Beruflichen Austauschdienstes“ (DBAD). Da die Koalition ihre Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag auf den Seiten 31 und 37 offenbar vergessen habe, nämlich der Ausbau und Stärkung der internationalen Mobilität in der Beruflichen Bildung, möchte die AfD-Fraktion an diese Versprechungen mit ihrem Antrag zur Gründung eines Deutschen Beruflichen Austauschdienstes erinnern. Es handele sich ursprünglich um eine Forderung des Deutschen Industrie- und Handelskammerstages (DIHK) aus dem Jahr 2017, welche ebenfalls von der FDP und den Grünen schon einmal in diversen Anträgen aufgegriffen worden sei, jedoch bisher nie alleinstehend, sondern am Rande eines weitergehenden Forderungskatalogs. Da mittlerweile auch alle anderen Parteien Konsens in dieser Frage hätten und das Thema auch Eingang in den Bericht der Enquetekommission gefunden habe, freue sich die Fraktion der AfD über eine breite Unterstützung des Antrags. Der Gründung des Austauschdienstes dürfte dann eigentlich bei einem breiten Konsens nichts mehr im Wege stehen.

Der DBAD solle nicht nur deutsche Auszubildende bei einem Aufenthalt im Ausland unterstützen, sondern auch ausländische Auszubildende bei einem Aufenthalt bei in Deutschland im Rahmen ihrer Lehre. Die Gründung sei vor allem deshalb sinnvoll, um die zahlreichen bisher bestehenden Angebote privater und staatlicher Stipendien zusammenzufassen und einfacher zugänglich zu machen. Bisher habe man sich als Auszubildender durch einen regelrechten Dschungel kämpfen müssen.

Die Fraktion der FDP erklärt, der Berufsbildungsbericht zeige, dass Corona ohnehin ein paar besorgniserregende Trends der letzten Jahre deutlich verschärft habe. Besonders erschreckend sei der extrem starke Rückgang der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 11 Prozent – sowohl angebots- als auch nachfrageseitig. Gleichzeitig habe man einen deutlichen Zuwachs um 13 Prozent bei den unbesetzten Stellen und gleichzeitig auch der unversorgten Bewerber um 20 Prozent. Wenn man tiefer in das Zahlenwerk hineinschaue, werde deutlich, dass das kein reines Problem wegen einer angeblich mangelnden Bereitschaft der Betriebe überhaupt einzustellen sei. Es seien gerade kleinere Betriebe die auch überhaupt keine Bewerber finden würden. Das sei eine Herausforderung für Berufsorientierung und Vermittlung. Man habe in der Enquetekommission dazu zahlreiche Empfehlungen immer wieder diskutiert.

Ein zweiter Punkt sei sicher die Frage des Übergangssystems. Die große Vielzahl an sehr unübersichtlichen Maßnahmen müsse stärker auf tatsächlich wirksame Maßnahmen konzentriert werden, auch unter einer gemeinsamen Dachmarke. Das Thema Mobilität – auch regionale Mobilität – sei wichtig. Im Vordergrund stehen sollten nicht nur Azubi-Tickets und Wohnheime, sondern sicher auch Angebote von digitalen oder hybriden Ausbildungsmöglichkeiten.

Und zu guter Letzt stelle sich auch die Frage der Attraktivität und Innovationskraft der Beruflichen Bildung. Man habe seitens der FDP längst eine Exzellenzinitiative vorgeschlagen. Viele Vorschläge lägen seit vielen Jahren auf dem Tisch. Es werde eine große Aufgabe für die nächste Regierung sein, diese Vorschläge umzusetzen.

Zum AfD-Antrag zum Deutschen Beruflichen Austauschdienst erklärt die Fraktion der FDP, die Idee sei tatsächlich nicht neu. Auch die FDP-Fraktion habe einen solchen Antrag allein viermal in dieser Legislaturperiode gestellt: 2018, 2019, 2020 und auch 2021. Anfangs habe man auch aus der Union noch viel Skepsis gehört. Er freue sich aber, dass man in dieser Frage inzwischen an einem Strang ziehe, auch fraktionsübergreifend mit anderen Fraktionen. Die Fraktion der FDP würde sich über eine Umsetzung sehr freuen.

Die AfD-Fraktion habe die Vorstöße immer wieder abgelehnt. Jetzt zum Ende der Legislaturperiode, nachdem sie sich auch in der Enquetekommission zu diesen Fragen nicht wirklich aktiv eingebracht habe, komme sie damit um die Ecke. Man frage sich manchmal, wo sie gewesen sei. Es schade nichts, ein paar Dinge abzuschreiben, dann aber auch bitte richtig. Es gehe nicht nur um ein reines Informationsangebot sondern um eine aktive Vernetzung und ausdrücklich auch ambitionierte Ziele. Die Fraktion der FDP kritisiere an dem Antrag besonders, dass die Fraktion der AfD fordere, dieser DBAD solle eine zentrale Anlaufstelle für das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ sein. Genau dieses Programm wolle die AfD aber für die Berufliche Bildung auslaufen lassen. Das habe die AfD-Fraktion im März vergangenen Jahres selbst beantragt, wie sie im Antrag auf Bundestagsdrucksache 19/17526 schreibe, eine Ausweitung des Erasmus-Programms über die Kerngruppe der Studenten hinaus sei keine Lösung. Und auch im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung habe die AfD-Fraktion im Oktober 2020 noch begründet auf Bundestagsdrucksache 19/23650), es gehe bei dem Erasmus-Programm

nicht um massenhafte Mobilität, sondern um die Förderung von Studenten und die Förderung einer Hochschulbildung. Die Erweiterung in den Berufsbildenden Bereich verbessere das Programm nicht und sei nicht zielführend.

Die Fraktion der CDU/CSU erklärt, der jetzt vorliegende Bericht berücksichtige die Wirkung der Pandemie auf die Gesellschaft. Und es sei festzustellen, dass es sich hierbei um eine Krise der Wirtschaft als Ganzes handle. Natürlich sei die Ausbildung innerhalb der Wirtschaft dann entsprechend unmittelbar davon betroffen. Aber es sei nicht so, dass es sich um eine Krise des Ausbildungsmarktes handle, sondern es sei eine Krise der gesamten Wirtschaft. Dabei müsse aber differenziert werden. Es gebe Wirtschaftsbereiche, die auch unter Pandemie-Bedingungen ganz hervorragend funktionierten. In diesen Bereichen funktionierten auch die Ausbildungsrahmenbedingungen gut. Insofern habe man die Situation, dass zwar insgesamt der gesamte Ausbildungsmarkt geschrumpft sei, aber die inhärenten Thematiken, die es gebe wie Passungsprobleme und ähnliches und über man in den letzten Jahren ausführlich gesprochen habe, seien nicht gestiegen. Insofern seien aber die Herausforderungen, nämlich eine Berufsorientierung mit einer entsprechenden Zielorientierung, nicht monolithische Maßnahmen nebeneinander, sondern seien mit einer klaren Fokussierung auf die Talente und Interessen der jungen Menschen eine ganz wichtige Sache, um hier diese immer noch existierenden Passungsprobleme entsprechend zu beheben.

Das zweite hervorzuhebende Thema sei, dass in den Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufen die Zahlen sogar gestiegen seien. Das sei ein positives Beispiel. Diese positiven Punkte möchte die CDU/CSU-Fraktion ausdrücklich hervorheben. Der Weg, der in Richtung einer klaren Dualisierung dieses Bereiches beschritten worden sei, müsse konsequent weiter gegangen werden, um einem Fachkräftemangel zu begegnen. Insgesamt hätten die Bundesregierung und auch die Koalition durch Entschließungsanträge die Berufsorientierung noch weiter flexibilisiert. Aktionen wie der „Sommer der Berufsbildung“ seien gestartet worden, um hier den Fokus in diese Richtung zu lenken. Wenn man sich dann einmal anschauere, wie diese Maßnahmen anschlagen würden, dann freue man sich, dass bis Mai 2021 insgesamt 20 400 Betriebe Prämien in Anspruch genommen hätten.

Die Fraktion DIE LINKE. weist darauf hin, dass die stark gesunkene Beschäftigungsübernahme für junge Leute bisher kein Thema gewesen sei. Es gebe eine starke Verunsicherung bei jungen Leuten. Mehr als 70 Prozent seien der Meinung, sie hätten schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Schwerpunkte der Maßnahmen müssten sich aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. auf benachteiligte junge Menschen richten. Es gebe hier nach wie vor ein riesiges Problem, aber es fehle Problembewusstsein in der Politik. Das sei für die jungen Leute selber ein Problem. Über zwei Millionen seien schon jetzt ohne Ausbildung. Vier Millionen Beschäftigte seien ohne abgeschlossene Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt. Das finde die Fraktion DIE LINKE. verheerend. Dringend gebraucht würden eine Reform des Übergangssystems und mehr betriebliche Praxis.

Gebraucht werde auch die Möglichkeit, die schulische Ausbildung zu verbessern. Und man brauche eine bessere Ausrüstung für das digitale Lernen. Wenn man sich das Übergangssystem anschauere und auch die außerbetriebliche Ausbildung, dann werde hier das die Schaffung besserer Ausrüstung sträflich vernachlässigt.

Auch die Fraktion DIE LINKE. kritisiert den Rückzug viel zu vieler Unternehmen aus der Ausbildung. Die Quote der Betriebe, die noch ausbilden, liege bereits seit mehreren Jahren unter 20 Prozent. Grund dafür seien die mangelnden finanziellen Möglichkeiten. Durch die Corona-Pandemie könne das Problem noch verschärft werden. Es müsse eine Angebotsquote von 122 Prozent geben, um die freie Berufswahl halbwegs zu sichern. Sonst würden die Passungsprobleme verstärkt werden.

Dringend gebraucht werde ein Sicherheitsnetz, also ein politisches Bekenntnis für eine Ausbildungsgarantie. Das sei ein Signal mindestens an die 71 Prozent der jungen Menschen, die davon ausgehen würden, dass sie schlechte Chancen hätten. Gebraucht werde außerdem eine solidarische Form der Finanzierung, branchenspezifisch tariflich ausgehandelt und gesetzlich gesichert. Berücksichtigt werden müssten auch diejenigen, die ausbilden wollen, aber keine Bewerber finden würden.

Die Fraktion der SPD kündigt die Ablehnung der beiden vorliegenden Anträge an. Zu den Gründen der Ablehnung des AfD-Antrags habe die Fraktion der FDP schon alles gesagt, was gesagt werden müsse. Den FDP-Antrag werde man ebenfalls ablehnen, weil er gewisse Unklarheiten und Inkonsistenzen enthalte, die der Fraktion der SPD keine Zustimmung ermöglichten. Eine Mittelflexibilisierung sei in den letzten Haushaltsberatungen bereits durchgesetzt worden. Ein Stipendium für politisch verfolgte Studierende sei ein wichtiger Ansatz. Erfreulicher Weise fördere das BMBF bereits mit 27 Millionen Euro in Zusammenarbeit mit dem DAAD die Integration von

geflüchteten Studierenden. Insofern bleibe im Antrag alles inkonsistent, und einer solchen „Nebelkerze“ könne die Fraktion der SPD nicht zustimmen.

Zum Zustand des Ausbildungsmarkts und zum Berufsbildungsbericht gebe es Fragen an die Bundesregierung. So habe die Regierung geschrieben, dass eine Prognose für das kommende Ausbildungsjahr mangels belastbarer Daten zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei. Die Frage sei schon, wie lange noch gewartet werden müsse, bis es eine Einschätzung der Lage gebe, die die Politik dann zum Handeln auffordere. Es seien schon viele Zahlen genannt worden, aber besonders wolle die Fraktion der SPD darauf hinweisen, dass es einen Zuwachs von Agenturbezirken gegeben habe auf über 25 Prozent, die ein schlechtes oder ein extrem schlechtes Verhältnis von Angebot und Nachfrage hätten. Das seien nicht irgendwelche Agenturbezirke in ländlichen Gebieten, sondern es handle sich um Agenturbezirke zum Teil im Herzen der industriellen Basis wie im Ruhrgebiet, die zum Teil Relationen haben von weit unter 90 Prozent hätten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisiert zunächst, dass der Berufsbildungsbericht nicht in einer öffentlichen Debatte im Deutschen Bundestag behandelt, sondern nur im Ausschuss beraten werde. Das habe es seit 15 Jahren noch nicht gegeben. Die Koalition sei nicht auf den Wunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach einem angemessenen Debattenplatz eingegangen.

Insgesamt zeigen die Zahlen des Berufsbildungsberichts nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchaus kritische Trends. Diese alarmierenden Zahlen würden dringend eine Reaktion von der Bundesregierung erfordern und natürlich auch vom Bundestag. Es reiche nicht, wenn die Partner der Allianz der Aus- und Weiterbildung zum Beispiel „den Sommer der Berufsausbildung“ ausrufen würden, weil die Krise in der Ausbildung viel tiefer gehe, als man es jetzt der Pandemie zuzuschreiben versuche. Die Probleme gebe es schon lange. Und es gehe nicht nur darum, Angebot und Nachfrage gut zusammen zu bringen, man müsse jetzt genau hinsehen und sich durchaus auch schmerzhaft eingestehen, dass die berufliche Bildung in Deutschland leider aktuell nicht mehr so ein attraktives Modell mit Zukunft sei, wie man es gerne denke und wie es auch dargestellt werde.

Es seien deutliche Verschlechterungen zu beobachten. Notwendig sei es, sich der Probleme anzunehmen und auch Neues auszuprobieren. Die jetzt zu Ende gehende Enquetekommission Berufliche Bildung habe auch gezeigt, dass die herkömmlichen Strategien und die traditionellen Aktionen einfach nicht mehr ausreichten. Man könne zwar immer mehr vom Gleichen machen. Das sei aber nicht zwingend gut oder erfolgversprechend oder zukunftsweisend.

Werbung für die duale Ausbildung müsse mit einem Angebot verbunden werden. Es sei gut, wenn sich Betriebe und junge Menschen auf den Weg machten um zu einem Ausbildungsverhältnis zusammenzukommen. Es sei aber noch viel besser, wenn sie damit nicht allein gelassen werden würden, weil Ausbildung sei längst nicht mehr betriebliche Verantwortung. Es sei auch staatliche Verantwortung. Dieses Prinzip sei in der akademischen Bildung längst geläufig.

Nachdem nun auch die Gewerkschaften eine Ausbildungsgarantie fordern würden, müsse die Bundesregierung erklären, ob sie sich diesem Vorschlag anschließen oder ihn zumindest näher treten könne. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze die Einführung einer Ausbildungsgarantie.

Die Bundesregierung erläutere zum internationalen Austausch, dass dieser deutlich gestärkt worden sei. Zu erinnern sei an das Programm Erasmus+ auf EU-Ebene aber auch das BMBF-Programm „Weltwärts“. Es gebe als Einrichtung die beim BIBB angesiedelte Nationale Agentur, die viel Erfahrung habe und auch für eine gute Vernetzung der Programme Sorge. 90 Prozent aller öffentlich geförderten Programme würden über die Nationale Agentur beim BIBB gemanagt und betreut. Die Agentur sei eine hochkompetente Einrichtung, die sich um dieses Themen intensiv kümmere. Insgesamt habe sich im Übrigen auch der Anzahl der Auszubildenden mit Auslandserfahrung von rund 4 Prozent auf 8 Prozent erhöht.

Zum Übergangssystem sei zu berichten, dass die BA ihre Maßnahmen neu strukturiert und auch gebündelt habe. Auch die Länder hätten ihre Maßnahmen reduziert, so dass man von einem Dschungel nicht mehr reden könne. Klar sei allerdings auch, dass die Lebenslage von Jugendlichen sehr unterschiedlich sei und deshalb würde es auch nicht reichen, wenn man nur ein Instrument im Übergangssystem zur Verfügung hätte. Zum Übergangssystem gehörten im Übrigen auch das Nachholen von Schulabschlüssen oder auch das Absolvieren eines weiterführenden Schulabschlusses zum Beispiel eines Realschulabschlusses. Das seien alles auch sehr sinnvolle Maßnahmen. Deshalb wäre es auch falsch, das Übergangssystem insgesamt zu verdammen.

Zur Übernahmequote lägen noch keine Zahlen aus dem Jahr 2020 vor. Dadurch, dass das ein „Corona-Jahr“ gewesen sei, könnten die Zahlen deutlich anders aussehen als früher. Das wisse man im Moment noch nicht. Es habe im Jahr 2018 eine Übernahmequote von 71 Prozent und im Jahr 2019 von 77 Prozent – also einen Anstieg. Generell könne man sagen, je größer die Betriebe seien, desto höher sei auch die Übernahmequote.

Bei dem am 4. Juni 2021 gestarteten „Sommer der Berufsausbildung“ gebe es Informations- und Aktionstage, sowohl auf Bundesebene als auch regional. Ziel sei, die Attraktivität der Berufsbildung und auch der überbetrieblichen Bildungsstätten sichtbar zu machen.

Zur Frage nach dem Thema Digitales erinnert die Bundesregierung an das Thema „Digitale Berufsorientierung“. Alle Partner dieser Aktion würden digitale Angebote anbieten. Darüber hinaus baue das BIBB eine Landingpage auf, um diese Angebote transparent zu machen und auch zu vernetzen. Diese Seite werde demnächst veröffentlicht. Es gebe im Übrigen auch eine Zahl von digitalen Best Practice-Projekten, die im Rahmen der Initiative Bildungskette zu nennen seien. Zu erinnern sei außerdem an die Vielzahl von digitalen Angeboten von den Kammern und vor allem von der Bundesanstalt für Arbeit. Die Bundesanstalt habe ihr Gesamtangebot neu strukturiert und aktualisiert.

Prognosen im Bereich des Ausbildungsmarktes seien schwierig, weil einige Branchen starke Umsatzrückgänge zu verzeichnen hätten. Im Gastronomiebereich, in der Hotellerie, im Tourismus sowie in den nichtmedizinischen Gesundheitsbereichen hätten die harten Shutdown-Maßnahmen dazu geführt, dass die Betriebe nicht mehr hätten arbeiten konnten. Damit seien Ausbildungsmöglichkeiten in dem Bereich weggefallen. Hinzu komme die wirtschaftliche Unsicherheit. Möglicherweise müsse eine große Zahl von Betrieben unter Umständen, nämlich dann, wenn sie rechtlich dazu verpflichtet seien, Insolvenz anmelden. Daraus könnten neue Probleme erwachsen. Wer nicht sicher sein könne, sein Geschäftsmodell auch in Zukunft fortsetzen können, werde sicherlich keinen Schritt zur Ausbildung wagen. Deshalb gebe es hier eine ganze Reihe von Unsicherheiten. Die wirtschaftliche Entwicklung werde maßgeblich auch das Ausbildungsgeschehen in den nächsten Monaten und im nächsten Jahr prägen. Die BA-Zahlen vom März 2021 zeigten einen Rückgang sowohl der Bewerberzahlen als auch der Zahl der Stellenangebote.

Zum Thema Förderung von Menschen mit Fluchthintergrund gebe es noch den Hinweis, dass das Auswärtige Amt in Zusammenarbeit mit den DAAD ein globales Stipendienprogramm, das sogenannte Hilde-Domin-Programm, anbiete für Studierende, die sich in ihren Heimatländern für demokratische Strukturen engagierten und denen das Recht auf Bildung verweigert werde.

Die Fraktion der CDU/CSU frage nach der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt. Man sehe, dass viele Ausbildungsberufe deshalb auch modernisiert würden. Es würde interessieren, ob die Nachfrage nach stärker digitalisierten Ausbildungsberufen das auch abbilde und ob es somit einen Trend hin zu Ausbildungsberufen, die einen direkten Bezug zu digitalen Inhalten aufweisen würden.

Zum AfD-Antrag sei festzustellen, dass diese Fraktion in dieser Frage in dieser Legislaturperiode schon jede erdenkliche Meinung vertreten habe, dazu habe die Fraktion der FDP schon ausführlich Stellung genommen.

Die Fraktion der AfD widerspricht den Vorwürfen, sie habe für ihren Antrag aus dem Projektbericht der Enquete-Kommission abgeschrieben. Die Antragsformulierungen würden aus dem Bericht einer Kammer stammen. Auch beim Vorwurf der angeblich wechselnden Positionen der AfD handle es sich um Fake News. In dem Antrag, der von der Fraktion der FDP als Fake News dargestellt worden sei, gehe es gerade darum, dass die Fraktion der AfD nicht wolle, dass die Schweiz und das Vereinigte Königreich aus dem Erasmus-Programm herausfallen würden.

Die Fraktion der SPD erkläre, die AfD-Fraktion sei scheinheilig, wenn Sie anfangs internationale Themen aufzugreifen. Dort sei sie nur aufgefallen mit negativen und spalterischen Botschaften. Zum Antrag der AfD nach einem deutschen beruflichen Austauschdienst sei zu sagen, dass die Fraktion der SPD das Anliegen, die internationale Mobilität im Bereich beruflicher Bildung zu fördern, für sehr wichtig halte. Das habe sie immer wieder betont. Aber es gebe keine Notwendigkeit, Parallelstrukturen zu schaffen. Man werde deshalb diesen Antrag ablehnen. Die Bundesregierung habe auf die bereits existierenden Einrichtungen hingewiesen.

Es sei vorstellbar, zum Beispiel genau diese gut funktionierenden Strukturen zu nutzen und die berufliche Bildung zu stärken und die internationale Mobilität zu verbessern, aber nicht neue Strukturen zu schaffen. Die Bundesregierung solle darlegen, wie innerhalb der bestehenden Strukturen neue Akzente gesetzt werden könnten, zum

Beispiel durch neue Konzepte und durch neue Unterabteilungen in den bereits existierenden und gut funktionierenden Strukturen.

Die Fraktion der FDP weist erneut darauf hin, dass die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag und im Bildungsausschuss mehrfach die Ausweitung von Erasmus+ auf den berufsbildenden Bereich kritisiert habe. Wenn sie jetzt genau dieses Programm im Rahmen des DBAD nutzen wolle und nicht verstehe, dass das kein Widerspruch sei, dann sei das nicht das Problem der anderen Fraktionen, sondern dann sollte die AfD-Fraktion einmal sagen, was sie eigentlich wolle.

Zum eigenen Antrag erklärt die FDP-Fraktion, Begabungen seien sehr vielseitig. Man wolle ausdrücklich nicht nur Talente in der Breite, sondern auch in der Spitze speziell fördern. Es gebe ein weitgehend gutes System, was die Fraktion der FDP verbessern und weiterentwickeln wolle. Dazu habe man einen konkreten Antrag eingereicht mit etlichen Vorschlägen – beispielsweise auch als Zielgröße 15 Prozent der Studierenden künftig fördern zu wollen, Stipendien zu stärken und auch die Flexibilität in der Mittelverwendung durch die Begabtenförderungswerke zu erhöhen.

Die Fraktion der SPD habe bereits angesprochen, dass Exposé-Stipendien bisher nicht aus diesen Mitteln finanziert werden könnten. Das habe die Studienstiftung des Deutschen Volkes in der Anhörung des Ausschusses explizit angesprochen, und die Förderung von Bildungsausländern sei bisher den politischen Stiftungen möglich, aber eben nicht allen anderen. Und genau das wolle die FDP-Fraktion ändern. Über die Öffnung auch der bisherigen Begabtenförderungswerke im akademischen Bereich für berufliche Bildung sei bereits diskutiert worden. Ein Ausbau zum Beispiel der Weiterbildungsstipendien sei notwendig. Man wolle sich auch dafür einsetzen, dass der Anteil der Geförderten mit Migrationshintergrund deutlich erhöht werde.

Die Fraktion DIE LINKE. erkundigt sich nach der Ressourcenverteilung im Bereich der beruflichen Bildung. Das sei bereits mehrfach angesprochen worden, auch am Beispiel der digitalen Infrastruktur. Die Ministerin habe die Überlegung angestellt, digitale Infrastruktur im Bereich der Bildung – hier Weiterbildung – langfristig in die Hände des Bundes zu geben. Dies sei eine kluge Überlegung. Problem sei aber, dass junge Leute in der außerbetrieblichen Ausbildung oder in der Ausbildung im Rahmen der Jugendberufshilfe eine sehr viel schlechtere Finanzausstattung hätten. Die Bundesregierung solle darlegen, wie sie sich in Sachen Ressourcenverteilung künftig orientieren werde und welche Rolle die Schaffung eines sozialen Ausgleichs dabei spielen werde.

Der zweite Punkt sei die schulische Ausbildung. Da habe die Fraktion eine Antwort vermisst. Dazu gebe es von den Betroffenen immer die gleichen Antworten: Schulische Ausbildung werde abgelehnt, weil es keine Ausbildungsvergütung gebe und in manchen Fällen sogar Schulgeld bezahlt werden müsse. Die Koalition sei nicht einmal bereit gewesen, das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) zu ändern. Im Koalitionsvertrag sei aber angekündigt worden, das Problem der Ausbildungsvergütung zu lösen. Davon sei nichts zu merken. Dabei würden allein 300.000 Erzieher-Fachkräfte gebraucht. Es stelle sich die Frage, welche Perspektive die Regierung jungen Leuten gebe wolle, eine schulische Ausbildung aufzunehmen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, berufliche Bildung sei nur dann attraktiv, wenn sie auch mit akademischen Qualifikationen mithalten könne. Es gehe um Gleichwertigkeit. Deshalb wolle die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass sich bei der Aufstiegsfortbildung etwas tue, um die Kompetenzen in einem gesetzlich verankerten Deutschen Qualitätsrahmen (DQR) abzubilden. Dies müsse auch im Portemonnaie der Menschen spürbar werden. Bisher lägen die Vergütungen bei akademischen Qualifikationen immer noch erheblich über denen im beruflichen Bereich. Manchmal seien sie doppelt so hoch. Und noch immer würden Stellenangebote auch hier im Bundestag so verfasst, dass sie sich erst gar nicht an Menschen mit beruflichen Qualifikationen richten würden.

Das müsse sich ändern, wenn man mehr Gleichwertigkeit haben wolle. Die Enquete-Kommission sei aus grüner Sicht leider nicht ganz so ergiebig, wie man sich das erhofft habe. Erwartet habe man, dass viel mehr konkrete Vorschläge für den Gesetzgeber gekommen wären. Das sei leider nicht passiert. Auch wenn man die Ergebnisse hier im Ausschuss leider auch nicht mehr debattieren könne, möchte sie zumindest noch einmal auf Folgendes hinweisen: Die Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufe (GES) sollten im Berufsbildungsbericht viel mehr Gewicht erhalten. Der Berufsbildungsbericht sei bisher von den dualen Ausbildungsberufen geprägt.

Die Fraktion der CDU/CSU bezeichnet die Steigerung der Auslandsmobilität in der beruflichen Bildung als wichtig für die deutsche Wirtschaft sowie für die Attraktivität und Gleichwertigkeit in der beruflichen Bildung. Auslandserfahrung erweitere den Horizont der Auszubildenden und trage zu einem fruchtbaren Ideenaustausch bei. Und daher liege der CDU/CSU-Fraktion dieses Thema besonders am Herzen.

Die AfD fordere erst, Erasmus+ abzuschaffen und dann jetzt absurderweise für den DBAD Erasmus+ einzufordern. Das zeige wieder einmal, dass die AfD zu konstruktiven und kohärenten Vorschlägen nicht in der Lage sei.

Die CDU/CSU-Fraktion fordere eine deutlich höhere Zielmarke von 20 Prozent Auszubildenden mit Auslandserfahrung im Rahmen der Ausbildung. Die derzeitigen sieben Prozent unabhängig von der Corona-Pandemie würden nicht reichen. Daher müssten die Anstrengungen verstärkt werden. Nicht zuletzt sei auch die alte Zielsetzung des Bundestages von zehn Prozent Auslandserfahrung der Auszubildenden nicht erreicht worden. Über die Vielzahl von Förderprogrammen sowohl der öffentlich geförderten als auch der privaten Stiftungen könnte deutlich besser informiert werden. Gerade auch vor Ort in den Regionen. Es fehle auch den KMU an Beratung, daher sei der Ausbau von Mobilitätsberatung in der Region ein entscheidendes Argument. Hier müsse mehr passieren. Und neben der Finanzierung der Auslandsmobilität durch Programme wie Erasmus+ und Ausbildung weltweit, müssten diese Aktivitäten wie das Bundesprogramm Berufsbildung ohne Grenzen für die Beratung der KMU stärker unterstützt werden. Eine bessere Verzahnung sei hier notwendig. Die Erhöhung der Sichtbarkeit der Austauschmöglichkeiten durch verstärkte bundesweite Öffentlichkeitsarbeit sei dafür entscheidend. Die Mittel von Ausbildung weltweit würden bei weitem noch nicht ganz abgerufen. Auch bei Erasmus+ sei noch Spielraum.

Zudem ist auch die existierende Datenbank bei in der Gestaltung und Nutzerfreundlichkeit stark ausbaufähig. Darüber hinaus sei es für Kammern, Unternehmen und ausländische Institutionen sehr schwierig, die entsprechenden deutschen Stellen für Projekte in der internationalen Mobilität zu finden.

Die Fraktion der SPD nimmt noch einmal Bezug auf die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt. Ihre Frage nach der Prognose sei eigentlich eher eine rhetorische Frage gewesen, denn sie stelle sich die Frage, welche Art der Prognosen eigentlich noch benötigt würden, um die Fakten, die schon heute für sich sprechen würden, zum Anlass zu nehmen, etwas grundsätzlicher darüber nachzudenken, wie über den Schutzschirm Ausbildung hinaus der Ausbildungsmarkt eigentlich perspektivisch stabilisiert werden könne. Es sei im Übrigen nicht so, dass der Rückgang der Ausbildungsplatzangebote sich lediglich auf die Branchen beziehen würde, die jetzt halt unter den Corona-Bedingungen in besondere Not geraten seien, sondern eine jetzt erschienene IAW-Studie besage, dass ein Zehntel der ausbildungsberechtigten Betriebe ihr Ausbildungsangebot im kommenden Jahr noch einmal einschränken wolle. Man beobachte jetzt schon einen Rückgang der Ausbildungsplätze in der Industrie und nicht nur in der Gastronomie oder in der Hotellerie. Das seien alles alarmierende Zahlen.

Natürlich könne man eine Ausbildungsgarantie umsetzen. Die SPD-Fraktion habe dazu ein Positionspapier erstellt. Und die Umsetzbarkeit sei sogar schon international bewiesen; Österreich mache es nämlich schon. Die Frage sei also nicht, ob das grundsätzlich gehe, sondern ob der politische Wille da sei.

Zur wachsenden Bedeutung der GES-Berufe wird gefragt, ob das Ministerium hieraus nicht den Schluss ziehe, dass in den Bereich der Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufe mehr bundespolitischen Rahmen gesetzt werden müssten, um diese Berufe attraktiv zu halten. Dabei solle es nicht nur um angemessene Ausbildungsvergütungen gehen, sondern auch andere Rechte und Pflichten angeht. Die SPD-Fraktion habe hierzu jedenfalls beschlossen, dass es neue eigene Bundesberufsgesetze dafür geben müsse, um damit auch eine echte Freizügigkeit innerhalb der Bundesrepublik Deutschland für diese Berufe sicher zu stellen.

Für die Fraktion der CDU/CSU ist im Berufsbildungsbericht ein Schrumpfen des Gesamtsystems zu sehen. Man sehe aber auch – was typisch für eine Krise sei – eine leichte Verschiebung hin zu Studienberufen, also akademischen Berufen. Nun sei es so, dass die Berufsorientierung, die in der Vergangenheit versäumt worden sei, in der Zukunft nicht nachgeholt werden könne. Insofern seien all jene, die unter Umständen mittelfristig feststellen würden, dass sie im akademischen System nicht gut aufgehoben seien, letzten Endes durch Beratungsangebote zurückzuholen. Ihn würde interessieren, welche Möglichkeiten dafür heute schon bestehen würden,

Die Fraktion der SPD erklärt, ihr falle bei diesen Diskussionen auf, dass sie sehr systembezogen geführt würden. Sie möchte den Blick noch einmal auf die jungen Menschen selber richten, bei denen es so sei, dass in der Ausbildung zu einem überwiegenden Teil durch ihre Ausbilder in den Betrieben geprägt werden würden. Dort seien sie drei oder vier Tage die Woche. In der Berufsschule seien sie vielleicht einen oder anderthalb Tage. Dieses

Institut der Ausbilderinnen und Ausbilder müsse stärker bei der Anerkennung, aber auch der kritischen Reflexion mitbedacht werden.

Die Regierung habe im Rahmen der Digitalisierungsqualifizierung einiges auf den Weg gebracht. Es gebe zum Glück noch eine Ausbildereignungsordnung. Die Fraktion der SPD möchte ansprechen, dass diese Menschen in den Betrieben sehr wichtig seien, wenn es um die Verminderung von Ausbildungsabbrüchen und um die Einführung von Menschen mit einem schwierigeren Hintergrund in ein anspruchsvolles Ausbildungsverhältnis gehe. Die Fraktion der SPD appelliere für hohen Respekt, aber auch hohe Erwartungen an die Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben selbst.

Die Bundesregierung erläutere zu den Prognosen, die Schwierigkeit bestehe darin, dass zu dieser Jahreszeit eine umfassende Prognose noch nicht möglich sei. Aber die Schwierigkeiten, die man sehe, habe man cursorisch angesprochen. So gebe es in der Industrie einen Rückgang. Nichts destotrotz haben man zumindest im vergangenen Jahr eine parallele Entwicklung bei Angebot und Nachfrage gehabt. Es gebe keinen Grund sich zurückzulehnen, aber es gebe auch keinen Grund für Alarmismus, sondern man müsse die Dinge konkret angehen.

Insgesamt habe man die Wahrnehmung, dass auf dem Ausbildungsmarkt doch noch recht viel passiere. Im vierten Quartal gebe es immer noch viele Nachvermittlungen. Gegenüber dem Vorjahr sei auch ein Aufholeffekt zu beobachten.

Zur Bedeutung von Ausbildungsberufen mit digitalem Hintergrund lägen gerade keine Zahlen vor. Aber als Ergebnis vieler Gespräche könne festgehalten werden, dass das Interesse an Ausbildungsberufen mit digitalem Bezug zunehme. Es sei auch geregelt, dass in Zukunft im Übrigen jeder Ausbildungsberuf digitale Elemente enthalten werde. Es gebe also nicht nur spezialisierte Ausbildungsberufe, sondern jeder Beruf werde Digitales über sogenannte Berufsbildstandardpositionen enthalten. Zwei Bereiche würden überall implementiert werden. Das sei einmal der Bereich der Nachhaltigkeit und das sei zweitens der Bereich des Digitalen, denn Digitales werde in Zukunft überall in Wirtschaft und Gesellschaft eine Rolle spielen und müsse sich insofern auch in der Ausbildung wiederfinden. Dazu kämen natürlich die eigentlichen berufsspezifischen Inhalte.

Zur Rolle des Bereichs der Erzieherinnen und Erzieher im Berufsbildungsbericht sei festzuhalten, dass die Berichterstattung in den letzten Jahren in dem Bereich ausgeweitet worden sei, aber es keine Bundesstatistik gebe. Das liege an der Zuständigkeit der Länder für die Sozial- und Erzieherberufe.

Durch die von der Koalition durchgeführte Reform des AFBG (Aufstiegs-BAföG) hätten die Erzieherinnen und Erzieher ganz erheblich profitiert. Die Erzieherinnen und Erzieher seien inzwischen die größte geförderter Gruppe. Damit sei auch die Frage beantwortet, was die Bundesregierung und die Koalition in diesem Bereich ganz besonders getan hätten.

Allerdings liege die Zuständigkeit für die Erzieherinnen und Erzieher bei den Ländern. Man habe Modellprojekte aufgelegt, wie es mit der Ausbildungsvergütung in Zukunft weitergehen solle. Das Schulgeld werde von den Ländern weitgehend abgeschafft werden.

Berlin, den 9. Juni 2021

Stephan Albani
Berichterstatter

Yasmin Fahimi
Berichterstatterin

Nicole Höchst
Berichterstatterin

Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)
Berichterstatter

Dr. Birke Bull-Bischoff
Berichterstatterin

Beate Walter-Rosenheimer
Berichterstatterin

